

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 19 (1927)

Heft: 8

Rubrik: Arbeiterbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die 23 Prozent Durchschnittsdividende sind jedoch nicht alles, was die Aktionäre bekommen. Zunächst sei bemerkt, dass dieses Jahr schon 6 Gesellschaften die Praxis anwandten, den Aktionären die dreiprozentige Couponsteuer zu bezahlen, das heisst, sie gewähren eine etwas höhere Dividende, zum Beispiel 41,24 statt 40 Prozent, damit die Kapitalisten ihren Profit ganz ungeschmälert erhalten. Ferner werden von Zeit zu Zeit Kapitalerhöhungen vorgenommen, wobei die neuen Aktien den bisherigen Aktionären bedeutend unter dem Börsenkurse überlassen oder völlig geschenkt werden. Unter Einrechnung dieser Bezugsrechte oder Gratiseinzahlungen ist die Rendite der Versicherungsaktien für den Kapitalbesitzer, der schon seit der Gründung beteiligt ist, noch beträchtlich höher als in der Tabelle angegeben wird, in einzelnen Fällen ein Mehrfaches davon. Dementsprechend sind die Börsenkurse der Versicherungsaktien ausserordentlich hohe. Zum Beispiel für eine Aktie der bereits erwähnten «Unfall Zürich», die mit Fr. 500.— einbezahlt ist, werden mehr als Fr. 5500.—, also mehr als das Neunfache bezahlt. Für den Neuerwerber der Aktie ist die Rendite dann trotz 40 Prozent Dividende nur 3,5 Prozent. Aber es wird eben angesichts der hohen Reserven schon jetzt auf künftige Bezugsrechte oder Dividendenerhöhungen spekuliert.

Arbeiterbewegung.

Schweizerische Gewerkschaftsbewegung.

Bau- und Holzarbeiter.

Die Firma Bähler, Nussbaumer & Co. in Bern-Wabern hatte ihre auf dem Bauplatz Wabern beschäftigten Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich weigerten, unter den üblichen Ansätzen zu arbeiten. Bereits im letzten Jahre hatte bei dieser Firma ein Konflikt bestanden, doch vermochte der Standpunkt der Arbeiterschaft nicht durchzudringen, weil sich die Arbeiter dem Verband nicht anschliessen wollten. Das ist inzwischen geschehen und die Firma hat erkennen müssen, dass sie nicht mehr wie früher nach Gutdünken schalten und walten kann. Bereits nach einwöchiger Dauer hat der Kampf mit vollem Erfolg für die Arbeiter seinen Abschluss gefunden. Maurer und Zimmerleute erhielten eine Lohnerhöhung von 40 Rappen, Handlanger eine solche von 30 Rappen. Die Firma musste sich ausserdem verpflichten, alle Ausgesperrten wieder einzustellen und keine Massregelungen vorzunehmen.

Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter.

Im Basler Rheinhafen bestand ein Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und den Reedereien der Ostseite und Umschlagsfirmen der Westseite. Bei den Reedereien handelte es sich um die Akkordansätze für diverse Güter, bei den Umschlagsfirmen um den Abschluss eines Tarifvertrages. Seitens der Arbeitgeber wurden die Verhandlungen fortgesetzt verschleppt, offenbar in der Absicht, einen Entscheid hinauszuziehen bis zu dem Moment, da die Schifffahrt im Abflauen begriffen ist. Da eine klare Antwort seitens der Arbeitgeber nicht erhältlich war, beschloss die Arbeiterschaft, die Arbeit niederzulegen. Nach einwöchiger Dauer ist der Konflikt durch Vorschlag des Einigungsamtes beigelegt worden. Danach anerkennen die Reedereien trotz der ohne vorhergegangene Kündigung erfolgten Arbeitniederlegung den Tarifvertrag vom 1. Juli 1926 an und sind bereit, sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit über

die strittigen Akkordansätze zu verhandeln. Die Umschlagsfirmen verpflichten sich, mit den Arbeitnehmern einen dem Tarifvertrag vom 1. Juli 1926 entsprechenden Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Massregelungen sind beiderseits zu unterlassen. Die Arbeit wurde am 14. Juli, mittags, wieder aufgenommen.

Aus den Jahresberichten schweizerischer Verbände.

Dem 230 Seiten umfassenden Tätigkeitsbericht des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter für die Jahre 1924 bis 1927 entnehmen wir die folgenden Angaben:

Der allgemeine Teil würdigt die Arbeit der Verbandsinstanzen in der Berichtsperiode und orientiert über die Zusammensetzung der Verbandsbehörden. Der zweite Abschnitt bringt eine Uebersicht über die Wirtschaftslage in den verflossenen Jahren und unterrichtet den Leser über die Situation in den verschiedenen Hauptgruppen der Lebensmittelindustrie. Gerade dieser Teil des Tätigkeitsberichtes leistet den Mitgliedern als eigentliches Nachschlagewerk vorzügliche Dienste. Besondere Aufmerksamkeit wird der Genossenschaftsbewegung geschenkt; die Entwicklung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften wird auf Grund der vorhandenen Dokumente ausführlich geschildert. Ein weiterer Abschnitt orientiert über die Situation der Berufsgruppen und über die in der Berichtsperiode geführten Bewegungen. Der Verband hat in den Jahren 1915 bis 1926 insgesamt 2105 Bewegungen geführt; davon waren 2008 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, 94 führten zu Streik und 10 waren Aussperrungen. 1493 Bewegungen hatten einen vollen Erfolg, 440 einen Teilerfolg und 121 einen Misserfolg. An den Streiks waren 8745 Arbeiter, an den Aussperrungen 338 Arbeiter beteiligt. An Streikunterstützung verausgabte die Zentralkasse in diesen zwölf Jahren Fr. 432,297.—. Tarifverträge bestanden Ende 1926 insgesamt 106, die sich auf 632 Betriebe mit 9952 Arbeitern (wovon 6244 organisiert) erstreckten. Ein vollständiges Verzeichnis der vertraglichen Bindungen gibt jedem Verbandsmitglied willkommenen Einblick in den gegenwärtigen Stand des Tarifvertragswesens.

Im Mitgliederbestand sind wesentliche Aenderungen nicht eingetreten; der Verband zählte Ende 1924 insgesamt 11,889 Mitglieder, Ende 1926 total 11,824 Mitglieder. Stark zurückgegangen sind die Gruppen der Tabakarbeiter und der Schokoladenarbeiter. Eine Uebersicht über die Mitgliederzahlen der Sektionen in den Jahren 1921 bis 1926 gibt einlässlich über die Mitgliederbewegung Aufschluss. Weitere Tabellen orientieren über die Kassenverhältnisse des Verbandes, über den Markenumsatz in den Sektionen und über die Beitragsleistung. Berichte über das Verbandsorgan, die Beschwerdekommision und die internationalen Beziehungen beschliessen den inhaltsreichen Bericht.

Aus den Jahresberichten der Gewerkschaftskartelle und Arbeiterunions.

Der Gesamtmitgliederbestand der Arbeiterunion Bern belief sich Ende 1926 auf 12,857 Mitglieder; davon waren rund 10,000 Mitglieder gewerkschaftlichen Organisationen, rund 2800 politischen Vereinen angeschlossen. Gegenüber dem Vorjahre hat sich der Gesamtmitgliederbestand um 135 erhöht. Der Bericht gibt einen interessanten Rückblick auf Bestand und Zusammensetzung der Arbeiterunion vor 25 Jahren, wo sie 2633 gewerkschaftlich organisierte und 1186 politisch organisierte Mitglieder zählte. Die Gesamteinnahmen beliefen sich zu jener Zeit auf Fr. 4287.— (heute Fr. 40,681.—). Im Anschluss

an diesen historischen Exkurs orientiert der Jahresbericht über die Tätigkeit der verschiedenen Instanzen der Arbeiterunion. Besondere Abschnitte sind dem kantonalen Arbeitsamt und den Verhältnissen im Oberhasliwerk gewidmet. Weitere Abschnitte geben Aufschluss über die Tätigkeit der einzelnen angeschlossenen Gewerkschaftssektionen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Berichtsjahre nicht gebessert, haben doch die städtischen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung Fr. 220,230.—, die öffentliche Arbeitslosenkasse sogar Fr. 378,137.— ausgegeben. Die Maifeier wurde im üblichen Rahmen durchgeführt; verkauft wurden 9903 Plaketten und 1289 Maibündel. An besonderen Veranstaltungen verdient das dritte schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportfest spezielle Erwähnung. Für den Bergarbeiterstreik in England wurden durch Vermittlung der Union Fr. 10,764.— gesammelt. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch dieses Jahr dem Bildungswesen geschenkt; die Vorträge und Kurse erfreuten sich in der Regel eines guten Besuchs.

Das Bündnerische Arbeitersekretariat veröffentlicht einen kurzgefassten Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1926. Durch eine Statutenrevision wurde versucht, den Kontakt zwischen den Instanzen des Sekretariats und den angeschlossenen Gewerkschaftssektionen enger zu gestalten und die bisher noch fernstehenden Sektionen dem kantonalen Kartell zuzuführen. Auf sozialpolitischem Gebiet hatte das Kartell die Interessen der Arbeiterschaft in der Arbeitslosenversicherung wahrzunehmen; ein Subventionsgesetz befindet sich in Vorbereitung. Einen fortgesetzten Kampf führte die Arbeiterschaft auch gegen die fortdauernde Ueberschreitung des Fabrikgesetzes und der 48stundenswoche. Auch auf den Gebieten des Lehrlingswesens, des Unfallwesens und der Ruhetagsgesetzgebung hatte sich das Arbeitersekretariat für die Interessen der Arbeitnehmer einzusetzen. Weitere Abschnitte des Berichtes geben Aufschluss über die Bewegungen der angeschlossenen Gewerkschaften sowie über die Wahlen und Abstimmungen. Die Rechtsauskunftsstelle erteilte an 972 Personen (an 655 organisierte und 317 nicht organisierte) Auskunft. Durch die Tätigkeit des Sekretariats wurden Gelder im Betrage von Fr. 11,574.— vermittelt.

Das Arbeitersekretariat Zürich Oberland erteilte im Jahre 1926 an 5751 Personen 8078 Auskünfte. Von den Auskunftsuchenden waren 2567 organisiert, 3204 unorganisiert; 4096 waren Männer, 1655 waren Frauen. Die auskunftsuchenden Personen rekrutierten sich zum grössten Teil aus der Textil- und aus der Metallindustrie. Von den erteilten Auskünften betrafen 7761 zivilrechtliche und 317 strafrechtliche Angelegenheiten. Durch die Tätigkeit des Sekretariates wurden Gelder im Betrage von Fr. 37,486.— vermittelt. Die Jahresrechnung des Sekretariatsverbandes schliesst bei einer Gesamteinnahme von Fr. 10,761.— mit einem Aktivsaldo von Fr. 2375.— ab.

Delegiertenversammlungen schweizerischer Verbände.

Vom 23. bis zum 25. Juni 1927 fand in Bern eine gutbesuchte Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Post- und Telegraphenangestellter statt. Vorgängig fand eine Konferenz der Landbriefträger statt, ferner eine Konferenz mit der Oberpostdirektion in bezug auf die Obergelhilfen-Bahnpostfrage. Auch die übrigen Personalkategorien beschäftigten sich in Vorkonferenzen mit ihren speziellen Berufsfragen.

Zentralpräsident Marti eröffnete die Versammlung. Die Delegiertenversammlung genehmigte darauf den Jahresbericht und die Jahresrechnung. Einer äusserst lebhaften Diskussion rief der Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf Erhöhung des Jahresbeitrages um einen Franken. Der Beitragserhöhung wurde schliesslich mit 52 gegen 44 Stimmen zugestimmt. Im

Anschluss hieran beschäftigte sich die Delegiertenversammlung mit der Frage der Erhöhung des Beitrages an den Hilfsverein. Nachdem sich eine erste Abstimmung gegen eine solche Erhöhung ausgesprochen hatte, stimmte die Delegiertenversammlung nach weiteren Aufklärungen mit starker Mehrheit dem Antrag des Zentralvorstandes zu. Nach einem Votum des Genossen Dürr beschloss die Versammlung, sich an der zu gründenden Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften mit einem Anteilscheinkapital von Fr. 40,000.— zu beteiligen. Der Vereinigungsvertrag mit dem Verband der Telephon- und Telegraphenarbeiter wurde einmütig genehmigt. Die Fusion wird auf 1. Januar 1928 in Kraft treten. Die Delegiertenversammlung nahm sodann die Wahl der Verbandsleitung und der übrigen Instanzen vor. Hierauf referierten die beiden Verbandssekretäre über den Stand der gewerkschaftlichen Angelegenheiten, wobei naturgemäss das Beamtengesetz den breitesten Raum einnahm. Mäglin (Basel) ersuchte die Delegiertenversammlung, das Gesetz mit Rücksicht auf die Artikel 13 und 22 unbedingt zu bekämpfen und unter Empfehlung des Referendums unter den Mitgliedern eine Urabstimmung vorzunehmen. Der Antrag wurde nach eingehender Diskussion mit 73 gegen 28 Stimmen abgelehnt. In einer besonderen Entschliessung wurde gegen die Versuche auf Herbeiführung einer Arbeitszeitverlängerung Stellung genommen. Es folgte die Wahl der Delegierten an den schweizerischen Gewerkschaftskongress und die Bestimmung des Ortes für die nächste Delegiertenversammlung (Rapperswil). Nach Erledigung einiger weiterer Anträge wurde die Delegiertenversammlung geschlossen.

Am 19. Juni fand im Vereinshaus in St. Gallen eine zahlreich besuchte Delegiertenversammlung des schweizerischen Plattstichweberverbandes statt. Der Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt, ebenso die Jahresrechnung. Die Wahlen in die Verbandsinstanzen gingen reibungslos vonstatten. Die Versammlung trat darauf auf die Beratung des Haupttraktandums ein, die Revision der Statuten für die Arbeitslosenkasse. Anträge betreffend Schaffung eines Heimarbeitsgesetzes und betreffend Ausbau der Arbeitslosenkasse zur vollen Leistungsfähigkeit wurden zur Prüfung entgegengenommen. In einer Entschliessung wurde die Lohnkommission beauftragt, mit aller Energie darauf zu dringen, dass der Lohntarif von allen Fabrikanten eingehalten wird. Mit der Ermunterung zu reger Tätigkeit in den Organisationen schloss darauf der Präsident die Versammlung.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Metallarbeiter-Bund.

Dem 277 Seiten umfassenden Bericht des Sekretärs und der Landesorganisationen pro 1924/26 an den 11. internationalen Metallarbeiterkongress in Paris entnehmen wir die folgenden Angaben: Anschliessend an eine kurzgefasste Einleitung wird der verstorbenen Mitglieder des Vollzugsausschusses A. Merrheim, J. A. Hansen und Robert Dissmann gedacht. Der Bericht des Sekretariats gibt Aufschluss über die Ausführung der Kongressbeschlüsse und über die allgemeinen internationalen Fragen; namentlich wird die Entwicklung der Beziehungen zu den Russen chronologisch dargestellt. Alle Verhandlungen verliefen ergebnislos, und das Zentralkomitee betrachtet diese Frage heute als erledigt. Dem Bericht über die Kämpfe und die internationale Hilfeleistung ist zu entnehmen, dass von 1920 bis 1926 durch den Internationalen Metallarbeiterbund die respektable Summe von Fr. 887,139.— an Unterstützungsgeldern und freiwilligen Beiträgen bezogen wurde, wovon Fr. 869,586.— zur Unterstützung grosser Kämpfe oder in Not geratener Organisationen ausbezahlt wurden. Ein

ausführlicher Protokollbericht orientiert über die Delegation nach den Vereinigten Staaten im Herbst 1926, ihm ist ein besonderer Bericht des Genossen Ilg über seine Eindrücke angefügt. Der Verband der Maschinenbauer Nordamerikas hat sich seither dem internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen und es besteht die Hoffnung, dass sich auch die übrigen Metallarbeiterorganisationen der Internationale anschliessen werden. Im Anschluss an den Bericht des Sekretärs erstatten die angeschlossenen Landesorganisationen kurzgefasste Berichte über ihre Tätigkeit in der Berichtsperiode.

Internationaler Kongress der Steinarbeiter.

Am 25. und 26. Juni fand in Kopenhagen der siebente Kongress des internationalen Steinarbeiterverbandes statt. Der Bericht des Sekretärs Kolb (Schweiz) stellt eine Erhöhung des Mitgliederbestandes um 18,000 und den Wiederanschluss des französischen Verbandes fest. Die Internationale zählt nunmehr 15 Verbände mit 107,000 Mitgliedern. Ein Vorschlag der ungarischen und österreichischen Genossen auf Fusionierung mit dem internationalen Bauarbeiterverband wurde nicht angenommen, da die Mehrzahl der Delegierten die Fusionierung als verfrüht betrachtete. Einem weiteren Antrag der skandinavischen Organisationen, der die obligatorische Hilfeleistung im Falle eines Konfliktes in einem Lande einführen wollte, konnte ebenfalls keine Folge gegeben werden. Obschon die Delegierten der andern Landesverbände den Gedanken grundsätzlich begrüßten, glaubten sie nicht, sich auf eine derartige Verpflichtung festlegen zu können. Doch stimmten alle darin überein, dass im Falle von Konflikten das Möglichste zur solidarischen Hilfeleistung getan werden müsse. Der Kongress beschloss, die internationale Statistik zu fördern. Die Frage einer Studienreise nach Amerika wurde dem Bureau zum Studium überwiesen, ebenso ein Vorschlag auf Abschluss eines Gegenseitigkeitsvertrages mit der Bauarbeiter-Internationale betreffend den Uebertritt der angeschlossenen Mitglieder in die beiden Internationalen. Ferner nahm der Kongress einen Bericht über den Schutz der Arbeiter in der Steinindustrie entgegen und nahm Kenntnis von den nach dieser Hinsicht mit dem internationalen Arbeitsamt gepflogenen Verhandlungen. Genosse Kolb wurde als internationaler Sekretär wiedergewählt.

Internationaler Kongress der Maler.

Die Internationale der Maler hielt ihren Kongress im Juni in Wien ab. Vertreten waren 10 Länder mit 181,430 Mitgliedern. Der Kongress nahm verschiedene Vorschläge betreffend die Arbeitsbedingungen, die Löhne, die Ferien und die Lehrlingsbildung an. Besondere Aufmerksamkeit wurde den seit dem letzten Kongress in Erscheinung getretenen technischen und beruflichen Neuerungen geschenkt. Ferner wurde die Frage der Berufskrankheiten und der Sicherung der Arbeiter sowie besonders der im Jahre 1921 in Genf angenommene Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend das Verbot der Verwendung von Bleiweiss im Malergewerbe eingehend diskutiert.

Ausländische Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausschuss des dänischen Gewerkschaftsbundes trat am 9. und 10. Mai 1927 zu seiner ordentlichen Jahresversammlung zusammen, an der 125 Vertreter der angeschlossenen Verbände anwesend waren. Die Mitgliederzahl ist von 239,704 auf 155,356 zurückgegangen, da im Berichtsjahre der Verband der ungelernten Arbeiter mit 85,375 Mitgliedern aus der Landeszentrale austrat. Ausserhalb der Landeszentrale stehen nunmehr 24 Verbände mit 156,000 Mit-

gliedern. Angesichts dieser Zersplitterung wurde vom Ausschuss eine sieben-gliedrige Kommission eingesetzt, die mit den aussenstehenden Verbänden verhandeln und sie zum Anschluss beziehungsweise Wiederanschluss an die Landeszentrale bewegen soll. Zu gegebener Zeit soll eine allgemeine Konferenz einberufen werden.

Die österreichischen Gewerkschaften hatten im letzten Jahre unter der ausserordentlichen Arbeitslosigkeit schwer zu leiden. Während im Jahre 1925 die Durchschnittszahl der Erwerbslosen 183,626 betrug, stieg sie im Jahre 1926 auf 204,338 an. Die Krisenerscheinung ist nicht ohne Rückwirkung auf die Mitgliederzahl der Gewerkschaften geblieben. Diese ist von 807,515 im Jahre 1925 auf 756,392 im Jahre 1926 gesunken. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist stärker zurückgegangen als die der männlichen; tatsächlich sind die Frauen von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als die Männer. Ebenfalls ist der Anteil der Privatangestellten an der Gesamtzahl der Mitglieder zurückgegangen. Dennoch steht die österreichische Gewerkschaftsbewegung gefestigt da. Wie leistungsfähig die Verbände sind, geht daraus hervor, dass im vergangenen Jahre für Unterstützungen mehr als 50 Milliarden Kronen ausgegeben wurden, wovon mehr als dreissig Milliarden für Arbeitslosenunterstützungen.

Dem norwegischen Gewerkschaftsbund waren Ende 1925 28 Zentralverbände und ein einzelstehender Verein mit zusammen 95,931 Mitgliedern angeschlossen. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahre um 3164 vermehrt, trotzdem im Berichtsjahre der Lokomotivführerverband aus der Landeszentrale austrat. Von den 95,931 Mitgliedern waren 8119 Frauen.

Es wurden im Jahre 1925 total 392 Tarifverträge neu abgeschlossen, die für 102,885 Arbeiter wirksam sind. Für 72,340 Arbeiter wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 299,67 Kronen jährlich erreicht. Die 48stundenwoche blieb in allen abgeschlossenen Verträgen unverändert. Für 101,669 Arbeiter enthalten die Verträge Bestimmungen über Ferien mit voller Lohnzahlung. Die Dauer der bezahlten Ferien beträgt 4 bis 21 Tage pro Jahr. 48,187 Arbeiter besitzen 8 Arbeitstage, 50,522 besitzen 10—12 Tage bezahlte Ferien. Streiks fanden insgesamt 115 statt, an denen 13,780 Arbeiter beteiligt waren.

Sozialpolitik.

X. Internationale Arbeitskonferenz.

An der zehnten internationalen Arbeitskonferenz, die vor einigen Wochen in Genf stattfand, waren 43 Staaten durch 331 Delegierte und Experten vertreten. Im Vordergrund der Beratungen standen drei Punkte: Die Krankenversicherung, die gesetzliche Regelung von Minimallöhnen und die Koalitionsfreiheit.

Die Frage der Krankenversicherung war bereits früher behandelt worden und konnte zu einem greifbaren Ergebnis geführt werden. Es wurde ein Uebereinkommen beschlossen, das die Mindestgrundsätze enthält, die für die Krankenversicherung Geltung haben sollen. Die Zwangsversicherung ist als die geeignetste Form der Versicherung anerkannt worden. Die Vertreter der Unternehmer zeigten sich dem Uebereinkommen nicht sehr gewogen; bei der ersten Abstimmung enthielten sie sich der Stimmabgabe. Bei der definitiven Stimmabgabe gaben sie die Stimme frei und das Uebereinkommen wurde mit 97 gegen 9 Stimmen angenommen.

Bei den Fragen der Minimallöhne und der Koalitionsfreiheit handelte es sich um die Formulierung von Fragebogen, die den Regierungen zur Beantwortung zugestellt werden sollen. Der Fragebogen für die gesetzliche Regelung der Mindestlöhne ungenügend organisierter Arbeiter-